



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Reinhold Strobl, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Projekte zur dualen Ausbildung und Ausbildungshäuser in Afrika schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechend des Projekts zur dualen Ausbildung in Kenia auch in den weiteren Hauptherkunftsländern von Migrantinnen und Migranten aus Afrika diese Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen und darüber hinaus sogenannte Ausbildungshäuser einzurichten.

Dafür soll die Staatsregierung prüfen und berichten, welche Kooperationen mit Akteuren aus der Eine-Welt-Arbeit in Bayern möglich sind, um diese Projekte zur dualen Ausbildung und sogenannte Ausbildungshäuser im Rahmen von Städte- und Regionalpartnerschaften vor Ort zeitnah zu initiieren, sowie entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

Begründung:

Bildung ist nicht nur die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes sondern vor allem auch ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht besagt unter anderem, dass Bildung zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen beitragen und auch der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein muss. Genau diese Werte sind es, die künftigen Generationen vermittelt werden sollen.

Das duale Ausbildungssystem ist ein hochgeschätztes System Lerninhalte praxisnah zu vermitteln und die sich anschließende Arbeitsplatzsuche zu erleichtern. Dieses System lässt sich im Rahmen von Projekten auch in anderen Ländern umsetzen und stellt somit unter anderem eine beschäftigungsfördernde Maßnahme dar, die z.B. in den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten aus Afrika in relativ kurzer Zeit Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt bringen kann. Langfristiges Ziel der Vermittlung des dualen Ausbildungssystems und der Einrichtung von sogenannten Ausbildungshäusern vor Ort durch eine Kooperation mit bayerischen Vertretern der Eine-Welt-Arbeit soll die Verbesserung der Perspektiven in den jeweiligen Partnerstädten und -regionen sein, sowie die Erleichterung legaler, gewünschter Zuwanderung von ausgebildeten Fachkräften und die damit einhergehende Verdrängung illegaler Migration.